

Nachhaltigkeit in der Supply Chain – eine komplexe Angelegenheit

LkSG, SC Act, CBAM, EU-ETS, Scope 3 emissions, GHG Protocol, ISSB etc.

Über ökologische und soziale Nachhaltigkeit wurde viel geschrieben und noch mehr geredet. Nicht selten sahen Unternehmen dieses Thema als „nice to have“ oder gar Ballast an und Greenwashing war gang und gäbe. Seit geraumer Zeit gibt es Druck von der Investoreseite. Große Investmentfirmen wenden sich zunehmend von den „schmutzigen“ Industrien ab und den „sauberen“ zu – und dies selbst dann, wenn ihnen einige Kunden dadurch weglaufen, wie jüngst Blackrock erfahren musste, als einige US-amerikanische Bundesstaaten ihre Pensionsfonds auf neue Anbieter verlagerten. Um (Investitions-) Risiken bewerten zu können, braucht es Berichterstattung. Was seit vielen Jahren geübte Praxis im Finanzsektor ist – und bis auf unruhliche Beispiele ganz gut klappte – wird nun auf den nicht finanziellen Sektor und damit vor allem auf das soziale und ökologische Standing von Firmen übertragen.

Genau das fordert auch das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) und der EU Supply Chain Act, der neben den sozialen „Risiken“, wie im LkSG definiert, verstärkt auch die ökologischen Risiken adressiert. Damit nun nicht jeder etwas anderes erhebt und berichtet, werden aktuell Berichtsstandards entwickelt. Einer davon vom International Sustainability Standards Board ISSB, einer Untereinheit des bekannten IFRS (International Financial Reporting Standards), an dem sich die internationale Rechnungslegung orientiert.

Da das Ganze noch in der Entwicklung ist, weiß aktuell niemand, wie man was genau erheben muss und wie darüber dann zu berichten ist. Also sollte man abwarten? Das scheint keine gute Idee zu sein, denn ab dem 1. Januar 2023 gilt für einige Güterkategorien bereits der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) für in die EU importierte Güter. Hier ist auf den CO₂-Fussabdruck der importierten Stoffe und Produkte eine Steuer zu entrichten, die sich am aktuellen Durchschnittspreis der Zertifikate im europäischen Emissionshandelssystem EU-ETS orientiert. Damit will die EU ihre Strategie „Fit for 55“ mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2055 erreichen.

Also es wird mal wieder alles teuer – bad news? Nicht wirklich, denn zum einen werden ja nur Kosten, die sonst der Allgemeinheit oder künftigen Generationen aufgebürdet werden,

**Prof. Dr.
Ronald Bogaschewsky**

Universität Würzburg und
Wissenschaftlicher Beirat
des BME-Bundesvorstands

Sanderring 2
97070 Würzburg

boga@uni-wuerzburg.de
<https://www.wiwi.uni-wuerzburg.de/lehrstuhl/bwl2>



nun verursachungsorientiert umgelegt. Zudem soll diese EU-Grenzsteuer verhindern, dass aufgrund der EU-internen CO₂-Besteuerung weitere Wertschöpfung ins Nicht-EU-Ausland abwandert (Carbon Leakage). Gleichzeitig stärkt dies die heimische Industrie, da der CO₂-Steuer-bedingte Kostennachteil reduziert wird. Dies wiegt deshalb so schwer, weil im Mittel 70 % der CO₂-Emissionen in der Lieferkette anfallen – upstream Scope 3, wie dies u.a. das Greenhouse Gas Protocol definiert. Weniger Klimabelastung oder Klimaneutralität geht also nicht, ohne in die Supply Chain einzugreifen – und damit ist der Einkauf bzw. die SC Funktion gefragt.

Natürlich hat das Thema größere Folgewirkungen, denn die Besteuerung von Importen in die EU macht unsere Firmen kostenmäßig nicht gerade wettbewerbsfähiger auf Nicht-EU-Märkten, wo man mit weniger klimabewussten Anbietern konkurriert. Dies wird im Zweifelsfall die Local-for-local-Tendenzen weiter verstärken, so dass die Märkte in Geografien wie Asien, dem NAFTA-Raum und der EU stärker diffundieren könnten, also noch stärker voneinander abweichende „Spielregeln“ entwickeln könnten. Das hat deutliche Konsequenzen für die Struktur der globalen Wertschöpfungsnetzwerke und damit für die jeweiligen Supply Chains. Wir tun also gut daran, schon heute zu ermitteln, wo wir welche sozialen und ökologischen „Risiken“ haben, denn diese kosten bald reales Geld!